

ein solches Eindringen in die intimsten Privatverhältnisse zerstören zu können meint, da täuscht man sich. Im Gegentheil: der Zusammenhalt wird dadurch nur vermehrt. Wir haben eine Organisation, gewiß — das Geheimniß will ich den Herren am Regierungstische gern verrathen —, wir haben dieselbe Organisation, wie sie die Juden im Mittelalter hatten, als sie verfolgt waren, wie sie die Christen in den ersten Jahrhunderten hatten, so lange sie verfolgt waren. Wir haben die Organisation aller Verfolgten. Diese Organisation werden Sie niemals zerstören können und durch alle Ihre Unterdrückungsversuche werden Sie uns nur fester und fester zusammenschweißen. Und hier, meine Herren, berühre ich auch den Punkt, wo beiläufig ein Umschlag in der öffentlichen Meinung zu unseren Gunsten bewirkt worden ist. Wenn auch durch diese Verfolgungen auf der einen Seite Mancher eingeschüchtert, von dem Verkehr mit uns abgeschreckt wird, so wird auf der anderen Seite Jeder, der Gefühl für Recht hat und der die Unterdrückung haßt, moralisch genöthigt, seine Sympathien uns zuzuwenden. Hiervon haben wir gar viele Beispiele. Uns nützen diese Verfolgungen, das habe ich schon im Reichstage ausgesprochen, das spreche ich auch hier aus. Freilich, da könnten Sie mir wohl einwerfen: Ja, warum beschweren Sie sich, warum protestiren Sie, während Sie sich doch eigentlich freuen sollten? Warum? Nun, weil wir das allgemeine Interesse im Auge haben, weil auch wir socialdemokratischen Abgeordneten das Vollgefühl unserer Verantwortlichkeit haben und pflichtgemäß für das Gesamtwohl zu sorgen bemüht sind, das unter derartigem Treiben schwer leiden muß. Es ist nicht im Interesse der Gesamtheit, daß solche Dinge geschehen. Dadurch wird der Haß der verschiedenen Bevölkerungsklassen geschürt, dadurch wird die Bewegung, für die alle einflußreichen Wortführer unserer Partei ausnahmslos die Bahn der Reformen wünschen — sie wird gewaltsam abgebrängt und die friedliche reformatorische Entwicklung gehemmt. Es werden böse Leidenschaften in dem Menschen erweckt und, meine Herren, gerade Das, was Sie verhüten wollen, das wird erreicht. Uns wird so oft vorgeworfen, daß wir Haß und Verachtung gegen die Institutionen des Staates erregen. Nun, meine Herren, wir sind es nicht, die das thun. Wenn wir wollten, wir könnten es nicht. Diejenigen, welche solche Maßregeln und Verfolgungen, wie sie in Sachsen und speciell in Dresden vorgekommen sind, angeordnet haben, sie sind es, die den Staat und seine Institutionen verhaßt und verächtlich machen und obendrein der Lächerlichkeit überliefern; denn lächerlich ist ein solches Treiben, weil es das Gegentheil dessen bewirkt, was erreicht werden soll.

Für Alles, was ich gesagt, werden Ihnen die Be-

weise vorgelegt werden, ich will daher nicht näher darauf eingehen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, diese Sache hier vorzubringen, und ich hoffe, daß die Kammer die Socialdemokraten in ihren staatsbürgerlichen Rechten schützen und Alles thun wird, damit dem von mir gerügten Polizeiusfuge gesteuert werde.

Präsident Haberkorn: Wenn der Herr Abg. Liebknecht eine königl. Behörde und die Organe derselben nichtswürdiger Dienste und eines Schandflecks der Spionage geziehen hat, so muß ich ihn deshalb zur Ordnung rufen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Penzig: Meine Herren! Ich kann mich enthalten, auf die Differenzen einzugehen, die der Herr Abg. Liebknecht und seine Freunde mit der königl. Polizeibehörde zu Dresden haben; aber nicht enthalten mag ich mich der Erwiderung seiner Behauptung, daß er auf Grund der Wahl seines Freundes Bebel in der Altstadt und der großen Zahl von Stimmen, die er in der Neustadt auf sich vereinigt hat, behauptet, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Hauptstadt Dresden der Socialdemokratie angehöre. Ich meinerseits glaube, daß seine aus den Stimmresultaten gezogene Folgerung eine irrige ist und daß die Mehrzahl der Bevölkerung hier durchaus nicht der Socialdemokratie angehört.

(Abg. Liebknecht: Wahrscheinlich den National-liberalen!)

Nun, meine Herren, habe ich aber auch über die Handhabung der öffentlichen Polizeibefugnisse einen Wunsch auszudrücken und zwar bezieht sich dieser nicht auf die königl. Polizeibehörden allein, sondern im Allgemeinen auf die Polizeibehörden im Lande, auch wenn sie municipale sind. Es ist der Wunsch, daß sie selbst so viel als möglich dazu beitragen möchten, die oft und immer wiedergehörten Klagen zu beseitigen, daß bei Conflicten gelegentlich der Ausübung ihrer Functionen ihre Organe durchaus keine Unterstützung seitens des Publicums bei der Ausübung ihrer Pflichten fänden. Es ist dies allerdings ein bedauerlicher Zustand und es wird oft auf andere Länder hingewiesen, wo die Polizei in solchen Fällen die unbedingte Unterstützung der Umstehenden genießt, wenn sie eben in der Erfüllung ihrer Pflichten das öffentliche Interesse und das Wohl des Publicums zu fördern im Begriffe ist. Es müßten die Polizeibehörden daher, mehr vom allgemeinen Standpunkte ausgehend, sich zur Pflicht machen, seitens ihrer ausführenden Organe durch die Art der Begegnung und des Verhaltens mehr bedacht zu sein, dem Publicum die Ueberzeugung beizubringen, daß die nächste Pflicht und höchste Aufgabe der Polizei, außer der Wahrung der öffentlichen und staatlichen Sicherheit, auch die ist, stets im Interesse des Einzelnen, wie des